

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung,
Energieeffizienz und Verkehr**

am 28.06.2018

um 17:00 Uhr bis 20:45 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Bernd Quinting

Ratsmitglieder

Frau Rosemarie Stippe Kohl

Herr Günter Bender

Herr York Edelhoff

bis 20:44, TOP 15

Herr Kurt-Peter Friese

Herr André Hüsgen

bis 20:00 Uhr, TOP 6.3

Herr Thomas Kase

Herr Jens-Peter Nettekoven

Sachkundige Bürger/innen

Herr Andreas Engels

Herr Nicolas Falkenberg

Herr Christian Günther

Herr Jörg-Dieter Krause

Herr Hans Rudi Kufner

Herr Hans Lothar Schiffer

Vertretung für Herrn Klaus-Dieter Wiedenhoff

Frau Bettina Stamm

Herr Arno Voss

Vertretung für Herrn Jonathan Brützel

Beigeordneter

Herr Peter Heinze

Von der Verwaltung

Herr Burkhard Fey

Herr Andreas Huth

Herr Andreas Knappe

Herr Ingo Lückgen

Frau Monika Meves

Schriftführer

Herr Michael Müller

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2018 |
| 3 | | Stadtumbau West – Innenstadt –, Maßnahme: Umgestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes (1.1), Ergebnis des Verhandlungsverfahrens |
| 4 | | Gründerzeit in Remscheid schaffen (Fortsetzung) Vortrag 1: Frau Engel, Mitarbeiterin des Lehrstuhls "Chair of Entrepreneurship and Economic Development & UNESCO-Chair of Entrepreneurship and Intercultural Management Schumpeter School of Business and Economics University of Wuppertal, Prof. Dr. Christine K. Volkmann Vortrag 2: Wirtschaftsförderung Remscheid (Herr Lückgen) – Entwicklung Gewerbean- und -abmeldungen in Remscheid |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/5014 | Kunst und Kultur als Treiber für die Stadt Remscheid nutzen Anfrage der CDU-Fraktion |
| 5.1.1 | 15/5108 | Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion "Kunst und Kultur als Treiber für die Stadt Remscheid nutzen" |
| 5.2 | 15/5064 | Immobilien- oder Flächenangebote für Freizeit und Sport - Anfrage der CDU-Fraktion |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | | Mündlicher Bericht zum Thema Bauleitplanung |
| 6.2 | 15/4959 | Bericht zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in Remscheid 2018 |
| 6.3 | 15/5028 | Gewerbegebietsplanung Bebauungsplan 76 der Stadt Hückeswagen, Stellungnahme der Stadt Remscheid |
| 6.4 | 15/4964 | Kommunaler Wohnbauflächenpotenzialatlas |
| 6.5 | 15/5025 | Sachstand Vermarktungsverfahren Böker-Villa |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |

- 9.1** 15/4957 Langfristige Anbindung der Stadt Remscheid nach Köln
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der FDP-Ratsgruppe und der W.i.R.-Ratsgruppe
- 9.1.1** 15/5036 Langfristige Anbindung der Stadt Remscheid nach Köln
hier: Antrag von SPD, FDP und W.i.R. vom 18. Mai 2018
- 9.2** 15/5087 Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lenneper Bahnhof
(Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen prüfen
Antrag der CDU-Fraktion
- 10** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1** Buslinie Marienheide-Opladen mit Fahrradanhänger
Anfrage von Herrn Bender
- 11** Bericht über den Stand des Projektes "DOC"
- 12** 15/4899 Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie
- 12.1** 15/5070 Nachfragen zur DS 15/4899 gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie
Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- 13** 15/4941 European Energy Award - Beschlussfassung Maßnahmenprogramm 2018ff
- 14** 15/5002 Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre
- 15** 15/4951 Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Produktionshalle für Hebezeuge, Kipperstraße 15 + 19; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
- 16** 15/4971 Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lagerhalle mit Büro (Gebäude 1), Kipperstraße 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
- 17** 15/4972 Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lagerhalle mit Büro (Gebäude 2), Kipperstraße 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
- 18** 15/4981 Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lager-, Produktions- und Werkstatthalle mit Verwaltung (Gebäude 3), Kipperstr. 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstr., Nordstr., Dorfmühler Str. und Haddenbacher Str.

- 19** 15/4975 Bebauungsplan Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße
1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB)
2. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)
3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)
4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)
5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)
- 20** 15/5039 Bebauungsplan Nr. 675 – Gebiet Rathaus Remscheid, östlich der Hochstraße, südlich der Konrad-Adenauer-Straße und des August-Weider-Platzes, westlich des Theodor-Heuss-Platzes und nördlich der Rathausstraße
1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB)
2. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)
3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)
- 21** 15/5011 Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

Herr Quinting eröffnet die Sitzung.

1. **Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

Änderungen oder Erweiterungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.

2. **Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2018**

Eine Änderung oder Ergänzung der Niederschrift wird nicht beantragt.

3. **Stadtumbau West – Innenstadt –, Maßnahme: Umgestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes (1.1), Ergebnis des Verhandlungsverfahrens**

Seitens des Büros Schmitz wird die geplante Platzgestaltung anhand einer Präsentation vorgestellt. Im Anschluss informiert Herr Heinze über Ergebnisse und Umsetzung des Verhandlungsverfahrens sowie die Kostenentwicklung (Anlage).

In der folgenden Aussprache kritisiert Herr Nettekoven die Kostensteigerung. Er verweist darauf, dass sich der Platz im Eigentum der Stadtwerke befinde und möchte wissen, ob die Stadt Remscheid die Möglichkeit habe aus dem Wettbewerb auszusteigen und warum der Ausschuss nicht früher über die Kostensteigerung informiert wurde. Was, wenn der Rat die erforderlichen Mittel nicht bereitstellt?

Herr Bender stellt die Mehrkosten für die Projektsteuerung in Frage.

Herr Heinze verweist darauf, dass die Mittel innerhalb der einzelnen Projekte verschoben werden können, und rät davon ab, eine Gestaltung nur des ZOB ohne Einbeziehung des Umfeldes vorzunehmen.

Herr Schiffer äußert die Auffassung, dass die Stadt einen Teil der Mehrkosten selbst verursacht habe und führt den Fußgängertunnel und das Verkehrsgutachten an.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

4. **Gründerzeit in Remscheid schaffen (Fortsetzung)**

Vortrag 1: Frau Engel, Mitarbeiterin des Lehrstuhls "Chair of Entrepreneurship and Economic Development & UNESCO-Chair of Entrepreneurship and Intercultural Management Schumpeter School of Business and Economics University of Wuppertal, Prof. Dr. Christine K. Volkmann

Vortrag 2: Wirtschaftsförderung Remscheid (Herr Lückgen) – Entwicklung Gewerbean- und -abmeldungen in Remscheid

Frau Dr. Bischoff stellt Rahmenbedingungen für erfolgreiche Unternehmensgründungen vor. Ihre Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss unterrichtet Herr Lückgen den Ausschuss über die Entwicklung der Gewerbean- und -abmeldungen in Remscheid. Seine Präsentation ist der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt.

In der anschließenden Aussprache bittet Herr Nettekoven um eine differenziertere Darstellung der Gewerbean- und -abmeldungen.

5. Anfragen der Ausschusmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**5.1. Kunst und Kultur als Treiber für die Stadt Remscheid nutzen
Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5014**

**5.1.1. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion "Kunst und Kultur als Treiber für die Stadt Remscheid nutzen"
Vorlage: 15/5108**

Herr Nettekoven fragt an, ob nicht eine Veranstaltung wie z.B. die Nacht der Kultur so vorangracht werden könne, dass sie die erforderliche Strahlkraft erlangt um wirtschaftliche Effekte zu erzielen.

**5.2. Immobilien- oder Flächenangebote für Freizeit und Sport - Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5064**

Herr Heinze teilt mit, dass eine Flächenvermittlung auch an in der Anfrage genannten Institutionen erfolgt.

Herr Nettekoven bringt beispielhaft einen Trampolin- oder einen Kletterpark sowie Indoor-spielplätze ins Gespräch und regt an, diese Ideen mit zur Expo zu nehmen.

Herr Heinze sagt dies zu.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Mündlicher Bericht zum Thema Bauleitplanung

Die Kapazitätsplanung der Abteilung 4.12 a wird anhand einer Präsentation vorgestellt, diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Nettekoven fordert die Verwaltung auf, den Personalbedarf in einer Vorlage darzustellen, wie dies auch für den Bereich Straßenbau geschehen ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

**6.2. Bericht zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel in Remscheid 2018
Vorlage: 15/4959**

Frau Stamm verweist auf seit fünf Jahren offenstehende Fenster der Landwirtschaftsschule in Lennep; dieser Umstand sei in der Vergangenheit bereits mitgeteilt worden. Sie bittet um Abhilfe.

Herr Heinze sagt zu, das Gebäudemanagement zu informieren.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

**6.3. Gewerbegebietsplanung Bebauungsplan 76 der Stadt Hückeswagen, Stellungnahme der Stadt Remscheid
Vorlage: 15/5028**

Herr Nettekoven geht die Formulierung, dass es die Stadt Remscheid für „geboten“ hält, dass sich die Stadt Hückeswagen gemeinsam mit ihr für eine verträgliche Verkehrslösung in Remscheid Bergisch-Born einsetzt und an den Aufwendungen angemessen beteiligt, für nicht weitgehend genug.

Er beantragt die Verwaltung zu beauftragen, die unter Vorbehalt abgegebene Stellungnahme dahingehend zu ändern, dass dies von der Stadt Remscheid vielmehr so gewollt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Stellungnahme dahingehend zu ändern, dass die Stadt Remscheid erwartet, dass sich die Stadt Hückeswagen gemeinsam mit ihr für eine verträgliche Verkehrslösung in Remscheid Bergisch-Born einsetzt und an den Aufwendungen angemessen beteiligt.

**6.4. Kommunalen Wohnbauflächenpotenzialatlas
Vorlage: 15/4964**

Verschiedene Aspekte des Wohnbauflächenatlas werden von Herrn Knappe anhand einer Präsentation dargestellt.

Auf Antrag von Herrn Nettekoven kommen die Ausschussmitglieder überein, dass künftig maximal ein Vortrag auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Herr Edelhoft gibt seine Anregung zu Protokoll, den Wohnbauflächenatlas zu publizieren und zu vermarkten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

**6.5. Sachstand Vermarktungsverfahren Böker-Villa
Vorlage: 15/5025**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegt nichts vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es liegt nichts vor.

- 9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**
- 9.1. Langfristige Anbindung der Stadt Remscheid nach Köln
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der FDP-Ratsgruppe und der W.i.R.-Ratsgruppe
Vorlage: 15/4957**
- 9.1.1. Langfristige Anbindung der Stadt Remscheid nach Köln
hier: Antrag von SPD, FDP und W.i.R. vom 18. Mai 2018
Vorlage: 15/5036**

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit allen betroffenen Aufgabenträgern und den zuständigen Verkehrsverbänden VRR und VRS die Einrichtung einer Schnellbuslinie zwischen Remscheid und Köln als kurzfristige Ergänzung des Schienenpersonennahverkehrs zu prüfen. Zusätzlich sollen als mittel- und langfristige Lösung auch alle weiteren denkbaren Alternativen mit heute und zukünftig verfügbaren Verkehrsmitteln untersucht werden.

- 9.2. Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lennep Bahnhof (Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen prüfen
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5087**

Herr Nettekoven kündigt an den Antrag zurückzustellen, sollte es Interessenten für die Grundstücke geben. Er regt an, in diesem Fall vom Verkaufserlös ein Grundstück in Bahnhofsnähe zur Errichtung eines Parkhauses zu erwerben.

Herr Heinze berichtet, dass die Vermarktung der Grundstücke weit fortgeschritten ist; es wird eine Einigung im Juli erwartet.

Er präsentiert den Plan eines erwerbaren Grundstücks nördlich der Schlachthofstraße, auf dem 84 Parkplätze Platz haben.

Herr Voß gibt zu Protokoll, dass sich die Wählergemeinschaft in Remscheid die Flächen an der Karlstraße auch gut für Veranstaltungen von Vereinen vorstellen kann.

Herr Nettekoven bittet, auf dem von Herrn Heinze genannten Grundstück auch eine Parkpalette darzustellen und stellt den Antrag zurück.

- 10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung**
- 10.1. Buslinie Marienheide-Opladen mit Fahrradanhänger
Anfrage von Herrn Bender**

Herr Bender fragt an, ob die Möglichkeit besteht, die Busse der o.g. Linie auch in Bergisch Born halten zu lassen.

Die Antwortvorlage soll auch für den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss ausgewiesen werden.

11. Bericht über den Stand des Projektes "DOC"

Es liegt nichts vor.

12. Gesamtstädtische Mobilitätsstrategie Vorlage: 15/4899

12.1. Nachfragen zur DS 15/4899 gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie Anfrage der Fraktion DIE LINKE Vorlage: 15/5070

Frau Meves gibt folgende Antwort auf die Anfrage TOP 12.1 zu Protokoll:

1. Finanzierung

Frage: Der Vorlage ist zu entnehmen, dass der Rat die Umsetzung der gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie vorbehaltlich der Verfügbarkeit der notwendigen Haushaltsmittel beschließt.

In welcher Höhe werden Gelder für die Umsetzung dieser Maßnahmen im neuen Haushalt eingeplant, wenn „der tatsächliche Finanzierungsbedarf für die einzelnen Vorhaben sich derzeit noch nicht ausreichend quantifizieren lässt“? Stehen ausreichend personelle Ressourcen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung?

Antwort: Für viele Maßnahmen ist die konkrete und detaillierte Umsetzung erst nach Beschlussfassung durch den Rat zu planen und erst damit kann ein Finanzbedarf berechnet werden. Daher kann tatsächlich zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Finanzierungsbedarf angegeben werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist ja nicht nur allein von der Stadt bzw. von einem Fachdienst zu bewerkstelligen sondern verschiedene Fachdienste müssen zusammenarbeiten. Andere Akteure wie Stadtwerke oder VRR sind auch gefordert.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass für die Fortführung der Stelle Klimaschutzmanagement in den Jahren 2020/2021 zur Deckung des Eigenanteils Finanzmittel im städtebaulichen Vertrag zum DOC gesichert sind. Mit der Stelle Klimaschutzmanagement sollen dann weitere Maßnahmen für eine umweltfreundliche Mobilität geplant und umgesetzt werden.

2. ÖPNV

Frage: Im Rahmen der durchgeführten Bürgerbefragung wurden insbesondere die hohen Ticketpreise bemängelt. Darüber hinaus wurde dargestellt, dass die KFZ Zahlen gestiegen sind, so dass weniger Personen auf den ÖPNV angewiesen sind. Ein Zusammenhang zwischen hoher Ticketpreise und steigender KFZ Zahlen wird nicht hergestellt, gleichwohl auch festgestellt wurde, dass insbesondere seit Einführung des Sozialtickets 2013 die Anzahl der verkauften Monatstickets gestiegen ist. Warum wird in diesem Zusammenhang die Überarbeitung eines günstigeren Tarifsystems nur Verbund übergreifend als Maßnahme in Erwägung gezogen?

Antwort: RS gehört dem VRR an und hat – wie andere Kommunen auch – aufgrund angespannter Haushaltslage auf die Preisgestaltung des VRR Einfluss genommen, so dass der Kostendeckungsgrad im ÖPNV erhöht wurde.

Das Sozialticket wird vom Land NRW bezuschusst.

Steigende Kfz-Zahlen beruhen auf dem demografischen Wandel. Mehr ältere Menschen leben in Remscheid, die über ein Auto verfügen, aber nur wenige Kilometer damit unterwegs sind, weil nur kurze Fahrten im Stadtgebiet beispielsweise zum Einkaufen oder zum Arzt unternommen werden.

Das entspricht auch dem bundesweiten Trend. In RS sind 538 Fahrzeuge pro 1.000 Einwohner zugelassen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 680 Fahrzeugen. Damit ist die Ausstattung mit Fahrzeugen noch unterdurchschnittlich. (Quelle: CO₂-Bilanz für RS 2010-2015, Seite 5).

3. Mehrverkehr DOC

Frage: Der Vorlage ist zu entnehmen, dass „die Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte in Remscheid deutlich gemacht hat, dass ein weiterer Anstieg der Kfz-Zahlen auf Dauer nicht mehr tragbar ist. Stattdessen sei ein Umsteuern in Richtung einer umweltfreundlichen Mobilität notwendig.“ Mit dem geplanten DOC wird es jedoch mit über eine Million zusätzlicher PKWs, einen weiteren Anstieg der KFZ Zahlen geben. Als Nachteile werden lediglich die Schwächung des Busnetzes resp. Verspätung durch die Umfahrung des DOC genannt. Warum werden in diesem Zusammenhang keine konkreten Maßnahmen oder Strategien in Richtung umweltfreundlicher Mobilität entwickelt?

Antwort: In der SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Risiken-Chancen-Analyse) wurden individuelle Aspekte der Teilnehmenden der AG Mobilität notiert; eine SWOT-Analyse erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Richtigkeit. Aussagen von Teilnehmern in dem Workshop werden auch nicht mit „richtig“ oder „falsch“ bewertet. Sie stellen auch nicht unbedingt die Verwaltungsmeinung dar.

Busverbindungen vom Bahnhof Lennep zum DOC: Es sind keine neuen Verbindungen oder spezielle Pendelbusse geplant. Vielmehr soll auf bereits existierende Linien zurückgegriffen werden, deren Streckenführung für das DOC dann angepasst werden. Es handelt sich dabei um die folgenden Linien:

664: RS-Mitte - Fichtenhöhe - Hohenhagen - Bökerhöhe - Hasenberg - Lennep Mitte

669: Grenzwall - Lennep Mitte - Hackenberg - Cluse - Grünental - Wuppertal-Beyenburg

671: RS-Lennep Mitte - Krebsböge - Rvw-Herbeck - Radevormwald Mitte

Durch diese drei Linien werden pro Stunde insgesamt 8 Fahrten zwischen dem Lennep Bahnhofs und dem DOC angeboten.

4. Park & Ride

Frage: Der Bestand an P & R Parkplätzen und ausreichendes Parkplatzangebot wird als Stärke dargestellt. Das widerspricht dem, was die Verwaltung im letzten Jahr festgestellt hat. Demnach sind zu wenig P & R Parkplätze vorhanden. Hier besteht Handlungsbedarf.

Antwort: Auch hier gelten die Aussagen für die SWOT-Analyse; vgl. Frage 3!

Durch die parlamentarische Beratung im Ausschuss am 28.06.2018 ist der Antrag der CDU „Vermarktung der Flächen im Gewerbegebiet am Lennep Bahnhofs (Grundstück 9 und 10) stoppen und Einrichtung von P&R-Parkplätzen prüfen“ (DS 15/5087) zurückgezogen worden. Im Ausschuss wurde eine Variante für neue P+R-Parkplätze an der Schlachthofstraße vorgeschlagen.

5. Maßnahme Nr. 18 Bündelung Paketdienste

Frage: Es soll durch einen Gutachter geprüft werden „inwiefern im Stadtgebiet ein zentrales Auslieferungslager für alle am Markt tätigen Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP) geschaffen werden kann. Weiterhin setzt sich die Stadt für eine Umstellung der Lieferfahrzeuge auf emissionsarme Antriebe ein.“

Wie ist die Umsetzung dieser Maßnahme genau geplant? Auch für den Fall, dass ein Gutachten die Errichtung eines zentralen Auslieferungslagers als sinnvoll erachtet, wie realistisch ist die Umsetzung bzw. die Einflussnahme der Stadt dann im nächsten Schritt auf

die großen Paketdienste? Wer finanziert ein solches zentrales Auslieferungslager, und wo könnte ein solches entstehen? Auch dieses müsste wieder angefahren und die Ware an die Kunden verteilt werden. Welche Vorteile beinhaltet dann diese Maßnahme generell?

Antwort: Viele Paketdienste engagieren sich aktuell und bundesweit in Konzepten zur Reduzierung von Fahrten im Stadtverkehr und zur Bündelung von Auslieferungen. Die Paketdienste haben erkannt, dass eine Zusammenarbeit bei der Auflieferung an die Kunden für die sogenannte „letzte Meile“ sinnvoll ist, da Mehrfachfahrten vermieden werden. Gleichzeitig werden im Praxistest emissionsarme Antriebe wie Elektrofahrzeuge ausprobiert.

Es gibt ja bereits jetzt regionale/lokale Auslieferungslager der verschiedenen Paketdienste; es ist im Rahmen eines solchen Konzeptes zu prüfen, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte. Auch diese Auslieferungslager werden bereits jetzt mit Lkw angefahren. Es würden durch die Erstellung eines Konzeptes und dessen Umsetzung auf jeden Fall Vorteile für die Verteilung in der „letzten Meile“ entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt die Umsetzung der gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie vorbehaltlich der Verfügbarkeit der notwendigen Haushaltsmittel.

**13. European Energy Award - Beschlussfassung Maßnahmenprogramm 2018ff
Vorlage: 15/4941**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt das Maßnahmenprogramm des European Energy Award für den Projektzeitraum 2018 und folgende Jahre.

**14. Vorläufige Sicherung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Herbringhauser Talsperre
Vorlage: 15/5002**

Herr Edelhoff regt an, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten, um künftige Wohnnutzung zu sichern.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

- 15. Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Produktionshalle für Hebezeuge, Kipperstraße 15 + 19; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
Vorlage: 15/4951**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

- 16. Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lagerhalle mit Büro (Gebäude 1), Kipperstraße 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
Vorlage: 15/4971**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

- 17. Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lagerhalle mit Büro (Gebäude 2), Kipperstraße 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstraße, Nordstraße, Dorfmühler Straße und Haddenbacher Straße
Vorlage: 15/4972**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

- 18. Antrag auf Vorbescheid zum Neubau einer Lager-, Produktions- und Werkstatthalle mit Verwaltung (Gebäude 3), Kipperstr. 5 a; Ausnahme von der Veränderungssperre Nr. 70 für das Gebiet zwischen Kipperstr., Nordstr., Dorfmühler Str. und Haddenbacher Str.
Vorlage: 15/4981**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr nimmt Kenntnis.

- 19. Bebauungsplan Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße**
- 1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB)**
 - 2. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)**
 - 3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)**
 - 4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)**
 - 5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)**
- Vorlage: 15/4975**

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrensleitenden Beschlüsse zu Bauleitplänen (Ziff. 16.5 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 10 der Zuständigkeitsordnung) für die Beschlüsse zu den Ziffern 1, 3, 4 und 5 wieder an sich.

1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße – wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Die räumliche Lage des Geltungsbereiches ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan.

Ziel des Bebauungsplanes ist es, die Ansiedlung von Einzelhandelsnutzungen entsprechend den Zielen des Einzelhandelskonzepts für die Stadt Remscheid zu steuern. Zentren- sowie zentren und nahversorgungsrelevante Einzelhandelsnutzungen werden zum Schutz der zentralen Versorgungsbereiche im Remscheider Stadtgebiet im Plangebiet ausgeschlossen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 674 erfolgt im vereinfachten Verfahren.

Der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 674 ist ortsüblich bekannt zu machen.

3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

Auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (Unterrichtung und Erörterung) zu dem Bebauungsplan Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße – wird verzichtet.

4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße – wird mit der Begründung (Anlagen 2 und 3) für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Dauer einer angemessenen längeren Frist öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- der Offenlagebeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 674,
- Ort und Dauer der Auslegung,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 674 im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt wird und
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich in das Internet einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die verwaltungsinternen Dienststellen werden an der Planung zu dem Bebauungsplan Nr. 674 – Gebiet zwischen Kipperstraße, Haddenbacher Straße und Bismarckstraße – beteiligt.

- 20. Bebauungsplan Nr. 675 – Gebiet Rathaus Remscheid, östlich der Hochstraße, südlich der Konrad-Adenauer-Straße und des August-Weider-Platzes, westlich des Theodor-Heuss-Platzes und nördlich der Rathausstraße**
- 1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB)**
 - 2. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)**
 - 3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)**
- Vorlage: 15/5039**

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrensleitenden Beschlüsse zu Bauleitplänen (Ziff. 16.5 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 10 der Zuständigkeitsordnung) für die Beschlüsse zu den Ziffern 1 und 3 wieder an sich.

1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 675 – Gebiet Rathaus Remscheid, östlich der Hochstraße, südlich der Konrad-Adenauer-Straße und des August-Weider-Platzes, westlich des Theodor-Heuss-Platzes und nördlich der Rathausstraße – wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Die räumliche Lage des Geltungsbereiches ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan.

Ziel des Bebauungsplanes ist, Planungsrecht für den Neubau einer Rettungswache und die Erweiterung des Rathauses zu schaffen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 675 erfolgt im beschleunigten Verfahren.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 675,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 675 im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt wird und
- wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und das sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

3. Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (§ 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)

Auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der verwaltungsinternen Dienststellen (Unterrichtung und Erörterung) zu dem Bebauungsplan Nr. 675 – Gebiet Rathaus Remscheid, östlich der Hochstraße, südlich der Konrad-Adenauer-Straße und des August-Weider-Platzes, westlich des Theodor-Heuss-Platzes und nördlich der Rathausstraße – wird verzichtet.

21. Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stellungnahme Stadt Remscheid Vorlage: 15/5011

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 1 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt die unter 2. wiedergegebene Stellungnahme der Stadt Remscheid zur beabsichtigten Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen.

Herr Quinting schließt die Sitzung.

Bernd Quinting
Vorsitzender

Michael Müller
Schriftführer